



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Umaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Er wurde von seinem Gepäck befreit.

Das Hotel ist hier ganz in der Nähe . . .!

Er verneigte sich wieder.

Adieu! sagte Benny und gab ihm die Hand. Und noch vielen Dank für die angenehme Reisegeellschaft! Und auf Wiedersehen morgen bei uns!

* * *

Evend Bugge lag in seinem Hotelbett.

Er dachte an tausenderlei Dinge, völlig wach, wie er war. Aber wieder und wieder kehrten zwei Beobachtungen in sein Bewußtsein zurück, alles andre verdrängend: Frau Haut hatte ganz eigentümliche Augen, und des Oberlehrers Stimme hatte plötzlich Klang und Charakter verändert, sobald er an Land gekommen war. Sie war sanft und vorsichtig, fast ängstlich vorsichtig — wie in einem Krankenzimmer. Und in allem, was er sagte, lag gewissermaßen eine Entschuldigung, als bitte er um Erlaubnis.

Ausgesprochener Pantoffelheld!

Er hatte den blassen Jungen begrüßt und ihn gefragt, wie er heiße. Julius Sage Haut, hatte er geantwortet.

Er war also nach dem Großvater genannt.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 13. September 1908

(Zur Reichsfinanzreform. Der Stand der Marokkofrage.)

Über die Reichsfinanzreform ist in der vergangenen Woche die erste halbamtliche Mitteilung erschienen. In der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung sind die Grundzüge der Reform, soweit sie jetzt feststehn, in einem längern Artikel dargelegt worden. In gewissen Punkten ist freilich die allgemeine Neugier nicht befriedigt worden: von den einzelnen Steuerprojekten ist in dem halbamtlichen Aufsatz nichts Bestimmtes enthalten. Der Grund ist natürlich darin zu suchen, daß die Entscheidungen der mit den Vorarbeiten betrauten Behörden noch nicht abgeschlossen sind. Auch wäre es nicht zu empfehlen, schon mit Einzelheiten an die Öffentlichkeit zu treten, ehe der Bundesrat sein Wort dazu gesprochen hat. Aber es ist vielleicht aus einem andern Grunde ganz gut, daß in den Auseinandersetzungen über die Reichsfinanzreform die Frage, welche einzelnen Steuern vorgeschlagen werden sollen, zunächst einmal zurücktritt. Denn es mag ja sehr begreiflich sein, daß jeder an erster Stelle gern wissen möchte, wo die Steuerschraube angefaßt werden soll, richtig aber ist es nicht, daß die Erörterungen über die Reform immer nur in Fragen dieser Art stecken bleiben. Es ist die höchste Zeit, daß sich die Aufmerksamkeit der in dem Reformplan enthaltenen Gesamtheit von finanzpolitischen Aufgaben zuwendet. Sonst wiederholt sich immer wieder der Verlauf der Sache, den wir nun schon oft genug erlebt haben.

Das unerfreuliche Bild der bisherigen Reformversuche darf aber nicht wiederkehren. Einsichtige und erfahrene Finanzmänner haben sich redlich bemüht, allen möglichen Einnahmequellen nachzugehen, um endlich das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben des Reichs herzustellen. Der Reichstag aber stellte sich in seiner Mehrheit auf den Standpunkt mittelalterlicher Stände, die die Bewilligung von Geldmitteln für gemeinsame Zwecke als eine dem Staatsoberhaupt erwiesene Gefälligkeit zu betrachten pflegten. Die Regierung erschien als fordernder Teil, während der Reichstag berufen schien, lediglich Sonderinteressen wahrzunehmen. Die erste Arbeit war dann regelmäßig, durch allerlei budgettechnische Kunststücke den wirklichen Geldbedarf rechnermäßig so herunterzudrücken, daß nicht die volle Summe bewilligt zu werden brauchte. Dieses Scheinmanöver sollte dann die in der Sache gar nicht vorhandne Sparbarkeit markieren. Der Reichsschatzsekretär sagt beispielweise: Wir brauchen 230 Millionen. Der Reichstag aber macht ein paar elegante Rechenkunststücke und verkündet der Welt: Das ist nicht wahr! Wir brauchen nur 160 Millionen! Dann steht der Schatzsekretär wie ein armer Schächer da, und der Reichstag ist von der Gloriole der Volkstümmlichkeit umstrahlt. Nur schade, daß die fehlenden 70 Millionen dann doch in irgendeiner Form früher oder später „gepumpt“ werden müssen! Die weitere Arbeit pflegte dann darin zu bestehen, daß die vorgeschlagenen Einnahmequellen einer Kritik unterzogen wurden, aber nicht, wie es berechtigt gewesen wäre, um festzustellen, wie die notwendigen Opfer auf möglichst erträgliche und vor allem gerechte Art gebracht werden könnten, sondern um die Sache für die lautesten Schreier möglichst glimpflich zu gestalten. Immer aber stand nur die Frage der Deckung des augenblicklichen Bedarfs im Vordergrund, und man gewöhnte sich allmählich daran, die Sache nur von dieser Seite anzusehen.

Und doch ist die Aufgabe eine ganz andre. Das Reich muß in den Stand gesetzt werden, sich ein für allemal die Mittel zu verschaffen, die es zur Erfüllung der ihm nach Verfassung und Reichsgesetzgebung zufallenden Pflichten braucht. Wenn auch kein Gemeinwesen dem Grundsatz einer guten Privatwirtschaft folgen kann, die Ausgaben nach dem Stande der Einnahmen einzurichten, vielmehr umgekehrt die Beschaffung der Einnahmen dem Ausgabebedarf anpassen muß, so ist doch dieser Ausgabebedarf selbst nichts Willkürliches, sondern durch Interessen bestimmt, die mit dem Nationalwohlstande — also der Grundlage aller Einnahmequellen — in engem Zusammenhange stehen. Es ist also zwar richtig, daß in der Finanzwirtschaft des Staats zunächst die Frage gestellt wird, was notwendig ausgegeben werden muß, um dann das dafür notwendige Geld zu schaffen, aber bei der Bewilligung der Ausgaben darf doch der Überblick über die gesamten volkswirtschaftlichen Wirkungen solcher Beschlüsse nicht verloren gehn. Und deshalb muß die Verantwortung für die Ausgaben und für die Verfügung über die Einnahmequellen stets so in einer Hand liegen, daß ein wirklicher innerer Zusammenhang hergestellt werden kann.

Daran hat es bisher im Reiche gefehlt. Die Einnahmequellen, über die das Reich unmittelbar verfügte, haben seit vielen Jahren nicht mehr ausgereicht, den Ausgabebedarf zu decken. Das Reich hatte also eigentlich seit Jahren stets ein Defizit, nur war es ein verfassungsmäßig sanktioniertes Defizit, insofern als die Einrichtung der Matrikularbeiträge verhinderte, daß es ein formelles Defizit im finanztechnischen Sinne wurde. Die Finanzwirtschaft des Reichs bestand also im wesentlichen darin, daß über die eignen Einnahmen hinaus Ausgaben bewilligt wurden, worauf dann die Einzelstaaten für den Miß einzustehn hatten. Ja dieses im Kern ungesunde Verhältnis wurde lange Zeit hindurch künstlich herbeigeführt, als das Zentrum aus

partei politischen Gründen in der *clausula Franckenstein* eine Einrichtung geschaffen hatte, die das Reich zwang, selbst in der Zeit, als seine eignen Einnahmen noch zur Bestreitung der Ausgaben ausreichten, auf einen Teil dieser Einnahmen formell zu verzichten, um sie in Gestalt von *Matrikularbeiträgen* — zuerst größtenteils, später vollständig — von den Einzelstaaten wieder zu empfangen. Das Zentrum hat diese Politik, die eignen Einnahmen des Reichs der freien Verfügung zu entziehen, um die Reichsfinanzen immer mit der Finanzwirtschaft der Einzelstaaten zu verquicken, bis in die neueste Zeit fortgesetzt. Denn noch die Reform des *Zolltarifs* mußte die Gelegenheit geben, einen Teil der Einnahmen für die Zwecke der künftigen *Witwen- und Waisenversicherung* festzulegen. Ein *Schulbeispiel* für die *Popularitätshascherei* einer Partei durch Vorschieben einer sozialen Forderung zur Unzeit, wobei wichtigere Forderungen einer verständigen Finanzpolitik in die Brüche gehn. Nicht minder hat auch der liberale *Doktrinarismus* auf diesem Gebiete gesündigt. Denn er versperre durch seine Übertreibungen in der Beurteilung der gerechtesten und einträglichsten indirekten Steuern dem Reich gerade die Einnahmequellen, auf die es angewiesen ist. Aus allen diesen Auffassungen erwuchsen der Reichsfinanzreform Hindernisse; denn wenn es auch gelang, einige neue Steuern ausfindig zu machen, so deckten sie doch in den günstigsten Fälle nur den augenblicklichen zufälligen Bedarf, während der eigentliche Zusammenhang zwischen Ausgabenbewilligung und Einnahmenbeschaffung nach wie vor fehlte.

Jetzt soll nun zum erstenmale System in die Finanzwirtschaft des Reichs gebracht werden. Der halbamtliche Artikel der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* stellt dies mit aller Schärfe und Deutlichkeit in den Vordergrund. Man empfindet es allerdings als eine dringende Notwendigkeit, daß mit Bestimmtheit ausgesprochen wird, wie wenig die Aufgabe der Reform durch das Auffuchen neuer Einnahmequellen erschöpft wird. Gegenüber der sich schnell steigenden Schuldenzunahme ist — so heißt es in dem Artikel — „eine Stabilisierung des Anleihewesens und des Kursstandes eine unbedingte Verpflichtung der Reichspolitik. Die Einleitung einer stetigen Schuldentilgung sowie Vorkehrungen gegen weitere Vermehrung der Schulden für unproduktive Anlagen müssen daher im Vordergrunde der Reform stehen.“

Die Zunahme unsrer Reichsschulden hat man freilich im Auslande — und leider infolge tendenziöser Darstellung auch hier und da im Inlande — unter einem falschen Gesichtspunkt beurteilt. Man hat daraus auf einen Rückgang unsrer Volkswirtschaft geschlossen. Besonders in Frankreich und England liebäugelt man förmlich mit dem Gedanken, daß die finanziellen Lasten, die wir infolge unsrer militärischen Rüstung und infolge des angestrengten Wettbewerbs mit andern Weltmächten tragen, uns ruiniert haben. Nach dieser Ansicht müßte das deutsche Volk über kurz oder lang völlig zusammenbrechen. Wer sich dieser Hoffnung getrösten zu können glaubt, wird allerdings eine starke Enttäuschung erleben. Diese Bedeutung haben die zunehmenden Schulden des Reichs ganz und gar nicht. Denn sie sind noch immer, und selbst bei weiterm, reichlichem Anwachsen, vollauf gedeckt durch das *Nationalvermögen* und die *Aktiven* des Reichs. Darüber haben die *Grenzboten* vor nicht langer Zeit zuverlässiges Material mitgeteilt. Die Finanzkraft des deutschen Volks ist also keineswegs erschöpft. Dennoch sind die zunehmenden Schulden ein Übel, weil ihre Verzinsung eine unnötige Ausgabenlast schafft, und weil von ihnen eine *Beeinträchtigung* des nationalen *Kredits* ausgeht. Weiter wird mit Recht auch das *Sinken* des Kursstandes infolge Überlastung des *Kapitalmarktes* hervorgehoben, mit allen den *Schädigungen* der Volkswirtschaft, die daraus hervorgehn.

Die Aufgabe einer planmäßigen Schuldentilgung setzt ein dauerndes Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben voraus. Es ist aber erfreulicherweise

nicht nur von Erhöhung der Einnahmen, sondern auch von Einschränkung der Ausgaben die Rede. Das wird große Schwierigkeiten haben, und man kann sich nicht wundern, daß diese Ankündigung zwar freudig begrüßt, aber auch mit starken Zweifeln begleitet wird. Man sollte meinen, auf Sparsamkeit habe doch der Reichstag bisher zur Genüge gedrückt. Aber trotzdem hat sich manche Luxusausgabe eingeschlichen, namentlich in Bauten und öffentlichen Arbeiten des Reichs, und es verdient immerhin Zustimmung, daß hier der Versuch gemacht werden soll, überflüssigen Aufwand zu vermeiden. Wichtiger noch ist die zum erstenmale von amtlicher Seite unumwunden anerkannte Notwendigkeit einer Verwaltungsreform, die den übergroßen bürokratischen Apparat einschränken und dadurch Ersparnisse möglich machen soll. Hier öffnet sich ein überaus weiter Ausblick. Die Reichsfinanzreform würde auf diese Weise den Anstoß zu Verbesserungen in unserm Staatswesen geben, die in unsrer Zeit von außerordentlicher Bedeutung sind. Sie würden dazu beitragen, die Staatseinrichtungen dem Verständnis der im praktischen Erwerbsleben stehenden Bürger näher zu bringen, ihm den Staat ohne Perücke und Popf zu zeigen. Dezentralisation der Verwaltung und Anpassung der Formen des Geschäftsverkehrs der Behörden an die des modernen Verkehrs können große Ersparnisse herbeiführen, wenn sie mit der Entschiedenheit durchgeführt werden, die zur Überwindung alter Vorurteile und Gewohnheiten gehört.

Erst an letzter Stelle ist von der Vermehrung der Einnahmen durch Steuererhöhungen die Rede. Hierbei können freilich nur die Hauptgrundsätze in allgemeinen Umrissen angegeben werden, aber es ist doch erkennbar, worin der Schwerpunkt der Besteuerung liegen wird. In dem Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung heißt es, es werde „der Massenkonsum gewisser Genußmittel, wie in andern Ländern, mit starken Abgaben herangezogen werden müssen“. Das konnte erwartet werden; ohne diese Besteuerung wäre jede Finanzreform ein Fehlschlag gewesen. Entschieden und deutlich abgelehnt wird der Gedanke einer direkten Reichseinkommen- und Vermögenssteuer; nur der Ausbau der Erbschaftsteuer kann an die Stelle dieser Belastung treten. Auch nach der Seite ist Sicherheit geboten, daß der Verkehr nicht belastet werden soll. Die ganz verfehlte Fahrkartensteuer werden wir nun hoffentlich endlich loswerden. Dagegen scheint die Besteuerung von Elektrizität und Gas in ihrer Verwendung zu Beleuchtungszwecken beschlossen zu sein; wenigstens spricht eine Stelle des besprochenen Artikels von „einzelnen charakteristischen Erscheinungen des modernen Aufwands, die eine Steuerbelastung vertragen könnten“.

Endlich ein sehr wichtiger Punkt in dem Reformplan: die Beziehungen des Reichs zu den Einzelstaaten sollen von dem System der alljährlich schwankenden ungedeckten Matrikularbeiträge losgelöst werden. Man will statt dessen eine feste Grundlage herstellen durch „die Einführung eines beweglichen, jeweilig für eine Reihe von Jahren neu festzustellenden Faktors unter die Einnahmen“. Damit bleibt der Grundsatz bestehen, daß die Einzelstaaten für die Ergänzung der Reichsfinanzen aus ihren eignen Mitteln aufzukommen haben, und da diese Beiträge der Einzelstaaten innerhalb ihrer eignen Finanzwirtschaft in der Hauptsache aus direkten Steuern aufgebracht werden müssen, so läuft das in der Sache auf dasselbe hinaus, als wenn das Reich selbst eine Zuschlagsteuer auf Einkommen und Vermögen erhöbe, nur mit dem Unterschiede, daß eine wirkliche Reichsteuer, die in die Finanzhoheit der Einzelstaaten eingreift und die Verschiedenheit in den steuerpolitischen Einrichtungen dieser Staaten nicht genau berücksichtigen kann, sehr viel härter und drückender empfunden werden würde. Wenn aber die Einzelstaaten auch künftig wie bisher zur Reichskasse beisteuern sollen, so soll doch das Reich in der Erhebung dieser Beiträge an bestimmte Normen gebunden werden, und hoffentlich läßt sich

ein Weg finden, daß dabei die finanzielle Leistungsfähigkeit der Einzelstaaten in geeigneter Weise zur Geltung kommt.

Man darf also mit den Grundzügen der Reichsfinanzreform, soweit sie bis jetzt festgelegt sind, einverstanden sein. Hoffentlich findet das mühsame Werk nun die ehrliche Unterstützung und Mitarbeit aller Parteien, die den Ernst der Lage erfasst und die Dringlichkeit des Reformwerks eingesehen haben.

In der Marokkofrage sehen wir zurzeit noch der Übergabe der spanisch-französischen Note zu der Frage der Anerkennung Mulei Hafids entgegen. *) Es hat sich also seit einer Woche nichts Wesentliches geändert. Die französische Presse grohlt noch über die deutsche Note, aber das hat insofern nichts zu bedeuten, als sich dieser Grohlt auf falsche Voraussetzungen stützt, und es ist nicht anzunehmen, daß den Besprechungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung dieselben falschen Voraussetzungen zugrunde gelegt werden. Deshalb ist auch die Freude der französischen Blätter über die neue Isolierung Deutschlands verfrüht. Nicht einmal darüber, daß in den leitenden politischen Kreisen Österreich-Ungarns vielleicht eine Zeit lang Mißverständnisse über die Auffassungen und Ziele Deutschlands bei Überreichung der letzten Note geherrscht haben, wird man sich lange freuen können. Denn die Sache liegt so einfach, daß einige Besprechungen und Verhandlungen klar machen müssen, warum Deutschland als in Marokko nächst Frankreich und Spanien am meisten interessierte Macht Europas so und nicht anders vorging. Daß die Gelegenheit von dem uns unfreundlich gesinnten Teil der europäischen Presse benutzt wird, gegen Deutschland zu hetzen, kann auf uns unmöglich noch Eindruck machen. Denn das geschieht immer, was wir auch tun mögen. Und wenn wir gar nichts tun, so wird etwas erlogen, was wir angeblich getan haben sollen, auch wenn es etwas so unsinniges ist, daß es kein vernünftiger Mensch glauben kann. Interessant ist nur in einigen französischen Blättern, daß der Deutsche Kaiser, dessen Friedenskundgebungen man doch nicht gut beiseite räumen kann, gegen den streitlustigen und Frankreich unfreundlich gesinnten deutschen Reichskanzler ausgespielt wird. Damit hat man die Sache auf eine bequeme Formel gebracht. Nur wird uns nicht auseinander gesetzt, wie sich das alles mit den früher in der französischen Presse so eifrig gepflegten Phantasien über das persönliche und absolute Regiment Wilhelms des Zweiten zusammenreimt. Es ist doch eine merkwürdige Sache, daß ein angeblich so selbstherrlicher Kaiser, dem man jetzt doch endlich — es war nämlich nicht immer so! — zugibt, daß er den Frieden will, einen leitenden Staatsmann neben sich haben soll, der eine ganz entgegengesetzte Politik betreibt. Aber nach Logik und Zusammenhang fragt man an den Stellen recht wenig, wo es nur darauf ankommt, Deutschland als den Popanz in der europäischen Politik hinzustellen.

Koloniale Rundschau

Berlin, 15. September 1908

Dernburgs Heimkehr von seiner zweiten Afrikafahrt kann glücklicherweise mit freundlichen Gefühlen begrüßt werden als seine Abfahrt. Mußte man doch befürchten, daß ihn auch in Südwest seine immerhin noch junge koloniale Erfahrung verführen würde, die Wünsche und Ratschläge der alten Ansiedler beiseite zu schieben und seine eignen Anschauungen durchzusetzen. Ein schlimmer Konflikt wäre unausbleiblich gewesen, um so mehr, als in kolonialen Kreisen die offen gezeigte Mißstimmung der Ostafrikaner nicht ohne Eindruck geblieben ist. Die Stellungnahme

*) Inzwischen ist am 14. September diese Note von dem französischen und dem spanischen Geschäftsträger überreicht worden.

Dernburgs zu verschiedenen Grundfragen der Kolonialpolitik hatte jedenfalls viele seiner frühern begeisterten Anhänger stark enttäuscht und ihm mehr Gegner geschaffen, als er wohl selbst ahnt, nicht zum wenigsten bei den Kolonisten selbst. Bedauerlicherweise, denn jedem Kolonialfreund muß es ein schmerzlicher Gedanke sein, daß gerade der Mann, der die koloniale Sache in Schwung gebracht hat, so sehr die Fühlung mit den Trägern der wirtschaftlichen Kolonialpolitik verlieren sollte. So sehr, daß man in Südwest dem Besuch des obersten Kolonialbeamten mit unverhehltem Mißtrauen entgegen sah.

Doch er hat vieles wieder gut gemacht und hat es trefflich verstanden, die aufgeregten Südwestafrikaner zu beruhigen, indem er mit viel Wohlwollen auf ihre Wünsche einging und ihrer Erfahrung und Tüchtigkeit volle Anerkennung zuteil werden ließ. Die südwestafrikanische Presse, die vordem schier vor dem Staatssekretär und seiner für jeden braven Kolonialen gefährlichen Dialektik gewarnt hatte, spricht sich jetzt sehr befriedigt und hoffnungsvoll über den Dernburgbesuch aus. Und sie gibt damit offenbar der allgemeinen Stimmung drüben Ausdruck. Staunend und erleichtert haben wir zu Hause von dem Umschwung vernommen, staunend und hoffnungsvoll werden namentlich unsere ostafrikanischen Landsleute den nächsten Reichstagsverhandlungen entgegensehen, die uns hoffentlich den formellen Ausgleich der Mißstimmung der verfloßenen Monate bringen werden. Wenn wir sagten, daß man, nach der südafrikanischen Presse und zahlreichen brieflichen Äußerungen zu schließen, drüben von Dernburgs Haltung sehr befriedigt sei, so läßt sich doch ein gewisser Unterton nicht verkennen. Nach der ersten Begeisterung über den entgegenkommenden und freundlichen Staatssekretär kommt eben unsern Landsleuten so allmählich zum Bewußtsein, daß der Staatssekretär im Grunde genommen nichts Bindendes versprochen hat, nach Lage der Sache auch nicht versprechen konnte. Was hat nun den Stimmungsumschwung zustande gebracht? Vor allem wohl seine neue Stellungnahme zur Eingebornenpolitik, sein nach den ostafrikanischen Erfahrungen nicht erwartetes freundliches Eingehen auf die ziemlich weitgehenden Wünsche unserer Südwestafrikaner. Erwartete man doch nach seinen Äußerungen auf der Reise einen negrophilen Staatssekretär, der sofort mit den scharfen Maßnahmen Herrn von Vindequists zur Kontrolle der Eingebornen aufräumen würde. Da entpuppte sich Dernburg als ein Anhänger dieser zwar harten aber gerechten Eingebornenpolitik und nahm sogar die Urhebererschaft der Vindequistschen Eingebornenverordnungen für sich in Anspruch, von denen man seither glaubhaft gemunkelt hatte, sie hätten seinerzeit ganz und gar nicht den Beifall Dernburgs gefunden. Habeat sibi. Jedenfalls hat Dernburg damit bewiesen, daß er sehr wohl für die Politik der harten Hand unzuverlässigen Eingebornen gegenüber Verständnis haben kann. Uns scheint daher die Zeit nicht mehr ferne, wo er dem Herrenstandpunkt auch in den andern Kolonien, namentlich Ostafrika, nicht nur aus politischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen Geltung verschaffen wird. Doch davon weiter unten. Die Stellung, die der Staatssekretär in der südwestafrikanischen Eingebornenfrage eingenommen hat, muß entschieden als verständlich bezeichnet werden. Die nach seinem neuesten Bekenntnis als Dernburg-Vindequistsche zu titulierenden Verordnungen sollen bis auf weiteres bestehen bleiben. Dernburg hält den Eingebornen gegenüber eine „tüchtige Probezeit“ für sehr angebracht. Nach den bestehenden Verhältnissen werden diese in der Zwischenzeit stramm arbeiten müssen, um existieren zu können, und sich so hoffentlich davon überzeugen, daß sie sich durch nützliche Tätigkeit mit der Zeit eine bessere Existenz schaffen als durch ihr früheres zügelloses Leben. Eingebornenkommissare, zu denen die Leute Vertrauen haben, werden die Arbeiterverhältnisse regeln und wohl am besten beurteilen können, wenn es eines Tages Zeit ist, den Eingebornen etwas

größere Selbständigkeit zuzugestehen. Also die südwestafrikanische Eingebornenfrage scheint vorläufig zu allseitiger Zufriedenheit erledigt.

Was nun die Selbstverwaltungsbestrebungen unsrer Landsleute anlangt, so konnte sie Dernburg nicht ganz erfüllen. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß sie etwas zu weit gehn. Bekanntlich soll ein Landesrat gebildet werden, eine Art Parlament, das dem Gouvernement zur Seite steht und aus dem Kreise der Mitglieder der Bezirks- und Gemeindeforporationen gewählt werden soll. Wählbar sind erfreulicherweise nur Reichsdeutsche, sodaß der bisherige starke fremdpolitische Einfluß zurückgedrängt wird. Nun stehn unsre Landsleute drüben auf dem gewiß richtigen Standpunkte, daß sie selbst am besten wissen, was dem Lande nottut, und verlangen demgemäß für den Landesrat Beschlußrechte, Einfluß auf die Besetzung der Beamtenstellen und auf die Verwendung der im Etat ausgesetzten Gelder. Und da sich das Gouvernement dagegen ablehnend verhielt, wollen sie nicht mitmachen und lehnen die Beteiligung am Landesrat ab. Wir denken aber, daß es Dernburg gelungen ist, die aufgeregten Südwestafrikaner von dieser Obstruktion abzubringen. Dernburg sagt zutreffend: Selbstverwaltung ist Selbsterhaltung. Bis jetzt ist nur ein ganz kleiner Teil des Landes besiedelt, und die Ansiedler vermögen nur einen minimalen Beitrag zu den allgemeinen Lasten zu leisten. Da das Land demgemäß vorläufig noch vorwiegend von den Zuschüssen des Mutterlandes abhängig ist, so können seine Bewohner auch nicht verlangen, in Verwaltungsfragen, besonders wenn sie finanzpolitischer Natur sind, eine ausschlaggebende Stimme zu haben; dagegen ist gar nichts zu sagen. Aber Dernburg ist unsers Erachtens in der Lage, dafür zu sorgen, daß sich dieses Verhältnis nicht wesentlich zugunsten der Kolonie verschiebt. Gewiß, das Land ist nur zu einem kleinen Teile besiedelt, aber es ist nicht herrenlos. Ein namhafter Teil ist allerdings Regierungsland, aber ein fast ebensogroßes Gebiet ist im Besitz von großen Landgesellschaften. Diesen Gesellschaften ist seinerzeit, als die Regierung nicht wußte, was sie mit dem Lande anfangen sollte, als man dessen Produktionsbedingungen noch nicht recht erkannt hatte, Steuerfreiheit auf eine Reihe von Jahren gewährleistet worden. Sie tragen also nichts zu den allgemeinen Lasten bei, während sie an den Vorteilen der wirtschaftlichen Entwicklung, nicht zum wenigsten in der Form eines unverdienten Wertzuwachses, teilnehmen. Die Regierung wird also dieses Mißverhältnis, das sie durch frühere Unterlassungssünden und mangelnde Voraussicht verschuldet hat, zugunsten der Ansiedler in die Waagschale legen müssen, falls sie nicht Mittel und Wege zu finden vermag, es zu ändern und so eine normale Lastenverteilung herbeizuführen.

Denn im Grunde genommen ist es unhaltbar, daß die wirtschaftspolitische Verantwortung — moralisch wenn auch nicht materiell — auf einer Minderheit ruht, die keinerlei Möglichkeit hat, daran etwas zu ändern. Es liegt uns fern, den Landgesellschaften damit Rechte abzuspochen, die sie rite erworben haben, um so weniger als auch ihnen gewisse Verdienste um die Entwicklung des Landes nicht abzuspochen sind. Aber sie können nicht leugnen, daß sich seinerzeit beim Vertragsabschluß der eine Kontrahent, die Regierung, in einem Irrtum befunden hat, und daß sie selbst gar nicht die Mittel besessen haben, die Pflichten zu erfüllen, die ihren Rechten entsprechen. Sie müssen sich heute klar darüber sein, daß ihre Rechte, die sie gar nicht voll auszuüben vermochten, die Entwicklung des Landes hemmen. Von ihrem Gemeinfinn kann darum erwartet werden, daß sie dieser Entwicklung in geeigneter Weise entgegenkommen. Der Regierung könnte sonst eines Tages nichts andres übrig bleiben, als im Interesse der Allgemeinheit aus ihrer Zurückhaltung herauszutreten und durch Einführung einer allgemeinen Grundsteuer die Gesellschaften entweder zur Übernahme eines Teiles der allgemeinen

Lasten oder zur schleunigen billigen Abgabe und Besiedlung ihres Landbesitzes zu zwingen. Denn der heutige Wertzuwachs ihres Landes steht in keinem Verhältnis zu den Leistungen und Aufwendungen der Gesellschaften. Jedenfalls wird mit der Lösung der Landfrage ein gut Teil der Hindernisse, die einer richtiggehenden Selbstverwaltung entgegenstehen, beseitigt. Unsere südwestafrikanischen Landsleute werden aber bei ruhiger Überlegung einsehen, daß dies einiger Zeit bedarf, und daß sie sich vorläufig mit dem bescheiden müssen, was ihnen jetzt geboten werden kann. Eins nach dem andern!

Der Staatssekretär steht den wirtschaftlichen Aussichten der Kolonie sehr hoffnungsvoll gegenüber und sieht in der zu erwartenden Krise mit Recht nichts als eine selbstverständliche Folge des Krieges. Er hat auch darin ganz recht, daß er Ansiedler und Kaufleute ermahnt, sich nicht allzusehr auf die Hilfe der Regierung zu verlassen, sondern sich auf eigne Füße zu stellen. Durch ein mit Hilfe der Regierung ins Leben zu rufendes Kreditinstitut, das die Kommunen bei Schaffung produktiver Anlagen und die Genossenschaften der Ansiedler bei Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben unterstützen soll, will Dernburg dafür Sorge tragen, daß das Land über die Krisis hinwegkommt, und daß zugleich die Besiedlung einen ungestörten Fortgang nehmen kann.

Etwas überraschend kommt der Entschluß Dernburgs, vorläufig für Südwest keine weiteren Forderungen an den Reichstag zu stellen. Er will den Hafenbau von Swakopmund den Interessenten überlassen, die offenbar geneigt sind, sich dieser Aufgabe zu unterziehen. Vorläufig wird nur die vorhandne Anlage etwas verbessert. Auch weitere Eisenbahnen sollen jetzt nicht verlangt werden. Wenn man sich aber recht überlegt, so hat Dernburg damit nicht unrecht. Denn wenn er dafür sorgt, daß in der Nähe der bestehenden Eisenbahnen das Land richtig erschlossen und besiedelt wird, so ist in den nächsten Jahren genug zu tun. Vielleicht will man nebenbei im Hinblick auf die überraschenden Mineralfunde der letzten Zeit mit der Bestimmung der Linienführung etwas zurückhalten. Jedenfalls kann es auch den Ansiedlern recht sein, daß der Kredit der Kolonien nicht allzusehr durch neue werbende Ausgaben überspannt wird, solange die wirtschaftliche Krisis der nächsten Jahre nicht überwunden ist. Wenn sich später in der oben angedeuteten Weise die Lasten der Selbstverwaltung auf breitere und stärkere Schultern verteilen lassen, so kann mit dem Ausbau der Verkehrswege energischer vorgegangen werden. Vielleicht ist bis dahin auch die Dernburgsche Idee des Anschlusses unsrer Bahnen an das britisch-südafrikanische Eisenbahnnetz der Verwirklichung näher gerückt.

Nach den neusten offenbar ernst zu nehmenden Diamantenfunden an verschiedenen Stellen der Kolonie ist ja das Interesse unsrer Nachbarn für Deutsch-Südwest lebhaft gestiegen, so stark, daß es wünschenswert sein wird, die Augen offenzuhalten, damit sich der englische Einfluß nicht in die hoffnungsvolle Diamantproduktion einzuschmuggeln versteht. Die Erfahrung mit der englisch-deutschen South African Territories Limited sollte uns genügen.

Etwas unverständlich will uns scheinen, daß Dernburg die Ovambofrage immer noch vorsichtig behandeln will. Es sollen nun doch keine Truppen in das Ovamboland geschickt werden. Nur Kaufleute sollen gegen hohe Kaution Zutritt erhalten. Wenn die Mission des Hauptmanns Franke wirklich so erfolgreich war, wie es hieß — und darauf deuten die Ordensverleihungen an Gouverneur von Schuckmann und Franke doch eigentlich hin —, so verstehen wir nicht, warum man nicht die Gelegenheit beim Schopfe faßt und endlich das Ovamboland besetzt. Denn für die Wirtschaft der Kolonie würde das reiche Ovambogebiet einen recht wichtigen Faktor bedeuten. Wenn die in unsrer letzten Rundschau erwähnten

Voraussetzungen zutreffen, wie wir nach den frühern Meldungen annehmen müssen, so scheint uns die Nichtbesetzung des Ovambolandes eine Unterlassungssünde zu sein. Die Verstärkung der Schutztruppe würde sich entschieden dort bezahlt machen. Auf nähere amtliche Äußerungen darüber kann man gespannt sein.

Damit wären die praktischen Ergebnisse der Dernburgreise für Südwest erörtert. Es bleibt nur noch der Wunsch, daß die Hoffnungen, die die Südwestafrikaner aus den Zusagen Dernburgs schöpfen zu können glauben, in Erfüllung gehn mögen.

Aus den Kundgebungen und Maßnahmen Dernburgs anlässlich seiner Reise ergeben sich aber auch noch verschiedene Folgerungen von allgemeiner Bedeutung.

Zuerst in puncto Eingebornenpolitik: Was der einen Kolonie recht ist, ist der andern billig. Wenn Dernburg aus dem Aufstand in Südwest zutreffend das Recht herleitet, die Eingebornen scharf anzufassen, so muß dasselbe für Ostafrika verlangt werden, soweit dies angebracht erscheint. Der ostafrikanische Aufstand vor zwei Jahren hat uns gezeigt, was wir dort von den Schwarzen zu erwarten haben, wenn wir ihnen nicht den Ernst zeigen. Die unverständliche, von Dernburg bisher leider gutgeheiene Politik der Milde, die der Gouverneur von Rechenberg gegen die Ansicht aller Kenner seither durchsetzte, hat in jüngster Zeit schon Früchte in Gestalt neuer Unruhen getragen. Herr von Rechenberg hat diesen Kausalzusammenhang indirekt mit hinreichender Deutlichkeit zugegeben, indem er sich über diese Unruhen dem Kolonialamt gegenüber ausschwig, bis die Kunde davon durch die ostafrikanische Presse hierher drang, und er von der vorgesetzten Behörde zum Bericht aufgefordert wurde. Wenn die Unruhen so harmlos gewesen wären, wie er sie in seinem Bericht hinstellte, so fragen wir, warum er dann die Entsendung einer für ostafrikanische Verhältnisse ansehnlichen Verstärkung von 200 Mann für nötig hielt? U. A. w. g.

Dieser Vorfall dürfte Dernburg gezeigt haben, daß er mit Herrn von Rechenberg als Ratgeber auf einen toten Strang geraten ist. Sein Einfluß hat ihn zu einer Stellungnahme in wichtigen Fragen der Kolonialpolitik gebracht, die wohl einigen wenigen Interessenten, namentlich der katholischen Mission angenehm sein kann, durch die er aber in direktem Gegensatz mit der Mehrheit der Deutschen in den Kolonien und aller andern Kenner geraten ist.

Auf seiner zweiten Reise stand er nicht unter dem beständigen Einfluß des zielbewußten Herrn von Rechenberg. Er konnte in Britisch-Südafrika unbefangenen die unsympathischen Folgen einer unzweckmäßigen Eingebornenpolitik à la Rechenberg beobachten, deren Tage jetzt auch dort gezählt sein dürften. Er hat gesehen, wie man in Britisch-Südafrika über die Zinder denkt, und wie man sich dort dieser Schmarotzer entledigt, obwohl sie englische Untertanen sind. Er konnte in Deutsch-Südwest sehen, wie ein richtiger Gouverneur die Interessen seiner Kolonie vertritt, indem er Gegensätze auszugleichen und trotz vieler Schwierigkeiten ein freundliches Verhältnis der Bevölkerung zu dem obersten Kolonialbeamten herzustellen sucht. Und Dernburg wird Herrn von Schuckmann hierfür doppelten Dank wissen. Wenn er sich das alles überlegt, wird er sich sagen müssen, daß die ostafrikanischen Landesleute nicht minder tüchtig und achtungswert sind als die Südwestafrikaner, und daß sie ein ruhiges, verständnisvolles Eingehn auf ihre Wünsche, auch wenn diese zurzeit unerfüllbar sind, wohl verdienen. . . .

Genug davon, denn wir glauben, daß sich Dernburg jetzt über die Fehlerquelle in seiner Rechnung inzwischen klar geworden ist und die Konsequenzen zu ziehn weiß. Besiedlungs-, Zinder- und Eingebornenfrage würden dann von ihm mit andern Augen betrachtet werden. In Südwest hat Dernburg den Ansiedlern zugerufen, sie sollten darauf hinarbeiten, daß nur Qualitätsprodukte für den Weltmarkt

erzeugt werden, und hat dabei als Beispiel die Preisbildung des ostafrikanischen Kautschuks angeführt. Er hat mit dieser Mahnung nur zu recht und wird darum auch nicht verfehlen, ihr in den tropischen Kolonien Geltung zu verschaffen. Mit andern Worten: der Hauptnachdruck ist, wo es irgend geht, auf die Plantagenwirtschaft und die europäische Besiedlung, nicht auf Eingeborenkulturen zu legen, denn der Neger liefert keine Qualitätsprodukte. Doch dies habe ich in meinem Aufsatz über Eingebornenpolitik und Arbeiterfrage (siehe Nr. 9) eingehend ausgeführt.

Rudolf Wagner

Guter Ton im Verkehr der Behörden mit dem Publikum. Es mag erfahrungsmäßig ratsam sein, den Leuten, sobald sich um ihre eignen Angelegenheiten handelt, nicht aufs Wort zu glauben; aber man sagt es ihnen höflicher Weise nicht ins Gesicht, um so weniger, wenn in der Stille angestellte Erkundigungen später ihre Aussagen lediglich bestätigt haben. Denn jeden anständigen Menschen verletzt ein unverhohlen ausgesprochener Zweifel an seiner Wahrhaftigkeit aufs empfindlichste. Gilt nun der Rodez des guten Tones nicht für Behörden? Ich reklamiere z. B. wegen einer unverständlich hohen Steuerveranlagung beim Magistrat einer auswärtigen Großstadt und gebe die in Betracht kommenden Ziffern genau an. Der Einspruch wird als berechtigt anerkannt und der Steuersatz ermäßigt — aber wie teilt man mir das mit? Ja nicht die einfache Tatsache der Anerkennung und ihre Folgen — der heilige Bureaumatros duldet wohl nicht, einer Privatperson einfach recht zu geben —, sondern mit völliger Unbefangtheit so: „Nach Mitteilung des Herrn Vorsitzenden der Eink.-St.-Veranl.-Komm. (meines Wohnortes) beträgt Ihr Einkommen aus usw.“ — wieviel? — genau so viel, wie ich bereits selbst angegeben hatte! Aber daß ich das getan, davon kein Wort; gerade so, als hätte ich die Behörde ohne zahlenmäßige Begründung einfach an den Herrn Vorsitzenden pp. gewiesen. Weshalb nun diese verletzende Form der Anzeige, die den Betroffenen deutlich fühlen läßt: Was du sagst, ist uns ganz gleichgültig, erst müssen wirs durch eine Behörde verbrieft und besiegelt haben? Ja, weshalb? Vielleicht, weil das Schriftstück sonst zu kurz würde, oder um die Gewissenhaftigkeit der Behörde (woran in Steuerangelegenheiten niemand zweifelt!) zu bezeugen, oder aus lieber alter Gewohnheit? Wer weiß es?

-b-

Ein Stammbuchblatt für Raucher.

Es ist nicht gleichgültig, wie man raucht. Man soll nicht hastig und in unregelmäßigem Tempo rauchen, sondern langsam und regelmäßig. Es gibt auch einen Rhythmus des Rauchens. Das wichtigste aber ist natürlich, was man raucht, und hier ist zweifellos der Gipfel des Genusses eine feine Cigarette von köstlichem Aroma:

„Salem Aleikum“!

Salem Aleikum-Cigaretten: Keine Ausstattung, nur Qualität:

	Nr.	3	4	5	6	8	10
Preis:		3 1/2	4	5	6	8	10 Pfg. das Stück.